

laufende Beihilfe auf je 620 000 Mark erhöht werden. Dem westfälischen Herbergsverbande soll zur Verteilung an bedürftige, mit Wanderarbeitsstätten verbundene Herbergen zur Heimat ein Betrag von 500 000 Mark überwiesen werden. Zur Deckung der vorstehenden Ausgaben muß die dem Haushaltsplan entnommene Summe auf 14 Millionen Mark erhöht werden. Der Antrag spricht sich gegen die Uebernahme der Anstalten in den Besitz der Provinz aus.

Abg. Benning verteidigt energisch diesen Standpunkt, da die Voraussetzungen für die Uebernahme auf die Provinz nicht gegeben seien. Es entspinnt sich gerade um diesen Punkt ein langer Streit. Von den Kommunisten wird hinständig die Uebernahme verlangt. Persönliche Angriffe gegen den Abg. Benning nehmen dabei überhand. Sprecher der Kommunisten ist der Abg. Stolzenburg. Auch gegen die Erhaltung der Konfession in den Anstalten wendet sich die Linke. Bei der Abstimmung erfolgt die Annahme des Hauptantrages. Die Uebernahme der Anstalten auf die Provinz wird abgelehnt.

Es folgt Punkt 2:

Bereitstellung weiterer Mittel zur Unterstützung von Kleinbahnen.

Der vom 40., 46. und 65. Provinziallandtag zur unmittelbaren Beteiligung des Provinzialverbandes an heimische Kleinbahnen sowie zur Bewilligung von Darlehen an notleidende nebenbahnähnliche Kleinbahnen innerhalb der Provinz bewilligte Kredit von 5 Millionen Mark soll auf 15 Millionen Mark erhöht werden. Die Vorlage wird nach kurzer Debatte angenommen.

Als Punkt 3 folgt:

Die Ausführung von Neu- und Erweiterungsbauten bei den Provinzialanstalten und bei der Hauptverwaltung.

Dazu liegt der Antrag des Provinzialausschusses vor: Der Provinziallandtag ist damit einverstanden, daß die erforderlichen Mittel für die Neu- und Erweiterungsbauten durch Erhöhung der bereits bewilligten Anleihe auf 192 Millionen bereitgestellt werden. Der Antrag wird nach kurzer Erörterung angenommen.

Die Bereitstellung weiterer Mittel zur Wohnungsfürsorge. Hierzu hat der Provinzialausschuß einen Antrag eingebracht, daß der Provinziallandtag genehmigen wolle, die zur Durchführung des Bauprogramms für die Wohnungsfürsorge erforderlichen Mittel in Höhe von 30 Millionen Mark durch Erhöhung der vom 65. Westfälischen Landtag bewilligten Anleihe bereitstellen. Ohne Debatte wird dem Antrag zugestimmt. Der nächste Punkt betrifft:

Bereitstellung von Mitteln zur Förderung von Bodenverbesserungen.

Der Antrag dazu verlangt für das Jahr 1922 den Betrag von 500 000 Mark und für 1923 1 Million Mark, aus welchen Beträgen Zinsrückstellungen ohne Beding der Rückgewähr öffentlich rechtlichen Verbänden gewährt werden kann. — Die Bereitstellung des geforderten Betrages wird ohne Besprechung bewilligt.

Die Gewährung einer Beihilfe von 250 000 Mark für den Ministeriellen Zoologischen Garten wird kurzerhand bewilligt.

Der 7. Punkt behandelt

Uebernahme einer weiteren Stammeinlage bei der westfälischen Heimstätten-G. m. b. H.

Der Provinziallandtag wird gebeten, die Erhöhung dieser Stammeinlage des Provinzialverbandes von 3 Millionen auf 4 Millionen Mark zu beschließen und zu genehmigen. Zu diesem Zwecke muß bei der Landesbank eine Anleihe von 1 Million Mark zu dem für Kommunalanleihen geltenden Zinssatz und zu einem Tilgungssatz von 1 1/2 Prozent aufgenommen werden. Auch dieser Antrag wird ebenfalls wie die zwei folgenden: Die Erhöhung der Pflanzengabe in den Provinzialanstalten und die Bereitstellung eines Betrages von 10 Millionen Mark zur Förderung des Kreis-, Gemeinde- und Genossenschaftswesens für das Jahr 1923 ohne jegliche Aussprache angenommen.

Als Punkt 10 liegt eine Eingabe der Inspektionsbeamten der Provinzial-Generalkasse betreffend Gewährung von höheren Reisestellen vor. Die schon am 3. August erfolgte Ablehnung dieses Antrages wird aufrechterhalten. Die folgende Eingabe: Die Bewilligung einer Anleihe von 6 Millionen Mark für die Provinzialen Fortkulturen bei Ammeln, Kreis Ahaus wird genehmigt. Auch der Antrag des Provinzialausschusses auf Uebernahme einer Bürgschaft von 6 Millionen Mark für das „Kommunale Ueberlandwerk Wittenstein G. m. b. H.“ in Bielefeld fand keinen Widerspruch.

Es ist inzwischen ein Antrag eingegangen betr. Jugendwohlfahrt.

Es sollen Landesjugendämter errichtet werden, die ihrerseits an die Provinzialverwaltung angegliedert werden. Man einigte sich über diesen Antrag dahin, daß zunächst eine entsprechende Eingabe an das Staatsministerium weitergegeben werden soll.

Als letzter Punkt steht auf der Tagesordnung:

Die Erhebung einer Provinzialnachsteuer für 1922.

Hierzu liegt folgender Antrag vor: Zur Deckung des für 1922 zu erwartenden Fehlbetrages wird eine Provinzialnachsteuer in Höhe von 208 Millionen Mark erhoben, und zwar nach denselben Grundätzen, nach welchen die von dem 65. Provinziallandtag am 24. Mai 1922 beschlossene Provinzialsteuer von 150 217 000 Mark umgelegt worden ist. Da aber im Laufe der heutigen Tagung weitere höhere Beträge für gemeinsame Zwecke bewilligt worden sind, so ist nach Angabe des Referenten die Summe von 208 Millionen nicht mehr ausreichend. Er beantragt 250 Millionen Mark.

Eine weitere Frage ist, wie die Nachtragsumlage verteilt werden soll. Es haben beim Provinzialausschuß zwei Anträge vorgelegen. Der erste forderte, daß die Hälfte des Defizits aus der Einkommensteuer, die übrige Hälfte aus den Realsteuern aufzubringen seien. Der zweite Antrag forderte, daß 3/4 des Defizits durch die Einkommensteuer und nur 1/4 durch die Realsteuern gedeckt würden. Der letzte Antrag ist bereits vom Haushaltsausschuß abgelehnt worden. Somit wird der erste Antrag betr. Erhöhung der Provinzialnachsteuer auf 250 Millionen Mark und die halbweise Verteilung auf Einkommen- und Realsteuern gestellt. Dieser Antrag wird debattiert angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erledigt. Es tritt eine Pause ein, worauf dann in einer dritten Sitzung noch die neue Geschäftsordnung des Provinziallandtages besprochen wird. Gegen Abend wird die Tagung des 66. Westfälischen Provinziallandtages mit einer kurzen Schlussrede des Oberpräsidenten geschlossen.

Die monarchistische Propaganda beim Paderborner Infanterie-Regiment.

Berlin, 5. Dez. (Drath.) Der Untersuchungsausschuß zur Aufklärung der gegen das Reichswehrministerium gerichteten Vorwürfe behandelte heute die Vorgänge beim Infanterie-Regiment 18 in Paderborn. Durch schriftliche Beschwerden eines Gefreiten waren diese Vorgänge bekannt geworden, wonach im Regiment sehr starke monarchistische Strömungen vorhanden waren. Der Bataillonskommandeur ist seinerzeit verabschiedet worden, da er an den Vorgängen mitbeteiligt war. Der Fall konnte noch nicht erledigt werden. Der Berichterstatter hat den Antrag gestellt, den Fall noch näher untersuchen zu lassen.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 5. Dez. (Tel.) Auf der Tagesordnung der heutigen Reichstags-Sitzung standen zunächst Anträge. U. a. fragte Abg. Schulz-Bromberg (D. Fr.) an, welchen Ausgang die Ermittelungen gehabt hätten, wegen der Aufklärung der Verschwörung, die nach den Vermutungen des ehemaligen Reichskanzlers gegen ihn angesetzt gewesen seien.

Ein Regierungsvertreter erwiderte: Am 16. Oktober sei der Kaufmann Willy Schulz aus Dresden auf der Polizei in Hagen erschienen und habe erklärt, daß er auf der Reise nach Essen sei und ihm von Offizieren aufgetragen wurde, zwei Diktolen abzugeben, die für einen Morbanschlag auf den Reichskanzler verwendet werden sollten. Außer ihm sei ein Major, ein Rittmeister, und ein Student an der Sache beteiligt. Die Tat sollte am 2. Oktober ausgeführt werden. Schulz habe keine Angaben auch bei späteren Vernehmungen aufrechterhalten, schließlich habe er aber alles widerrufen und als freie Erfindung erklärt. Da außer der Selbstbesichtigung nichts Sachdienliches gegen ihn vorkam, sei jede gefällige Handhabung, eine öffentliche Anklage zu erheben.

Nach Erledigung der Anträge wurde zunächst der Haushalt des Reichspräsidenten zusammen mit dem Gesetzentwurf über das Ruhegehalt des Reichspräsidenten an den Haushaltsausschuß verwiesen. Der Nachtragsetz des Reichspräsidenten, des Reichskanzlers, des Reichswirtschaftsrates und des Reichswahlmännertums wurde angenommen.

Beim Nachtrag des Reichsjustizministeriums forderte Abg. Rosenfeld (Soz.) den neuen Justizminister auf, eine programmatische Erklärung abzugeben.

Abg. Bell (Str.) wandte sich gegen jede weitere Erleichterung der Beschäftigung und bat den Minister, der Notlage des deutschen Rechtsanwaltsstandes abzuwehren.

Reichsjustizminister Dr. Heine erklärte, daß bei den Reformen wie auch bei den anderen Reformen wirtschaftliche Gesichtspunkte und die finanzielle Leistungsfähigkeit berücksichtigt werden. Der Notlage der Rechtsanwälte werde er volle Aufmerksamkeit zuwenden. In der Frage der Erleichterungsreform sei mit gewissen Bedenken großer Volkstreu zu rechnen, die man nicht vor den Kopf stoßen könne. Ueber den Prozeß gegen den Reichskanzler werde er im nächsten Anlauf geben. Was seine Stellung zur Klassenjustiz anlangt, werde es sein Bestreben sein, die Justiz aus dem Kampf der Parteien herauszuheben. Er bitte alle Parteien, ihm bei der Erreichung dieses Zieles zu helfen.

Der Nachtragsetz zum Reichsjustizhaushalt und zum allgemeinen Pensionsfonds wurde angenommen.

Morgen nachmittags 3 Uhr sozialdemokratische Interpellation wegen der Feuerung, weitere Nachtragsetz und Reichswahlgesetz. — Schluß 4.15 Uhr.

Die Konferenz der Ministerpräsidenten.

Berlin, 5. Dez. (Tel.) Wie den Blättern von ausländischer Seite mitgeteilt wird, hatte der bayerische Ministerpräsident v. Knilling, der um 10 Uhr heute vormittag hier eintraf, bald darauf eine Besprechung beim Reichskanzler. Darauf wurde er vom Reichspräsidenten empfangen. Um 1.30 Uhr fand ein Frühstück beim Reichskanzler statt. Am Abend fand eine Besprechung des Reichskanzlers mit den im Laufe des Tages eingetroffenen Ministerpräsidenten aller Länder statt. Gegenstand der Besprechung war die allgemeine Lage, insbesondere Ernährung- und Wirtschaftssachen.

Am Abend gab der Reichskanzler einen Empfangsabend, an dem auch Parlamentarier teilnahmen.

Die Wahl des sächsischen Ministerpräsidenten.

Dresden, 5. Dez. (Tel.) In der heutigen Sitzung des Landtages wurde der bisherige Ministerpräsident Brud mit 49 von 94 abgegebenen Stimmen wiedergewählt.

Die Umwandlung der Kontrollkommission in ein Garantiekomitee.

Neue Forderungen der Völkischer-Konferenz.

Berlin, 5. Dezember. Durch eine neue Note der Völkischer-Konferenz wird die angekündigte Umwandlung der bisherigen militärischen Kontrollkommission in ein Garantiekomitee von fünf Voraussetzungen abhängig gemacht, die u. a. die Reorganisation der Schiffe, Auslieferung des vorhandenen Kriegsmaterials und restlose Umstellung aller Kriegsmaterialfabriken verlangen.

Bayerische Protestkundgebung.

München, 5. Dezember. (Drath.) Heute nachmittag hat in der Hofgasse der bayerischen Landtages-Präsident Königsauer eine Erklärung abgegeben, in der er gegen die letzte Aktion der Völkischen protestierte. In seiner Erklärung führte er aus, daß das Vorgehen der Völkischen nicht so ungeheuer sei, daß er sich gezwungen sehe, im Namen des bayerischen Volkes die schärfste Verwarnung einzulegen. Der bayerische Landtag habe das Vertrauen zur Staatsregierung, daß sie den Weg gehen werde, auf dem die Ehre und Würde des deutschen Volkes gewahrt werde.

Der Strafantrag im Scheidemann-Prozeß.

Leipzig, 5. Dezember. (Drath.) Im Scheidemann-Prozeß beantragt Oberstaatsanwalt Dr. Ebermayer gegen jeden der Angeklagten, Hülster und Delschläger 11 Jahre Zuchthaus und einen Geldstrafe wegen verbotenen Waffentragens nach 8 Monate Gefängnis. In seinem Plädoyer legte der Oberstaatsanwalt die Beweggründe der Tat lägen auf politischem Gebiet. Aber da es sich um einen gemeinen Mordversuch handelte und die Angeklagten noch den Mut der Ueberzeugung gehabt hätten, beantragte er auf 10 Jahre der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von je 10 Jahren. Die Urteilsverlesung erfolgt morgen mittags 12 Uhr.

In der Begründung seines Strafantrages hob der Oberstaatsanwalt den inneren Zusammenhang zwischen den Attentaten auf Erzberger, Scheidemann und Rathenau hervor. Unbestreitbar sei in allen Fällen, daß die Teilnehmer bestimmten Schichten und auch denselben Organisationen angehörten. Es seien Exzellenzen, die gewisse Qualitäten hätten, aber durch den Krieg zuweilen geworden seien und getrieben von unvernünftigen Führern es gewissermaßen als Sport betrachteten, politische Führer zu bestreiten. Es wäre töricht gewesen, die Feiern öffentlich der Vorunternehmung in dieser Angelegenheit coram publico zu verhandeln. Hinzukomme, daß das Gericht in Prozessen dieser Art ganz ungeheuer angelegen werde. Daß die Täter sich das für die Ausführung des Verbrechens notwendige Geld gespart hätten, halte er für unwahrscheinlich. Wahrscheinlich hätten andere Elemente hinter ihnen, die sie mit Geld versorgten.

Verteidiger Justizrat Heußner führte für den Angeklagten Hülster aus, es sei ihm zu glauben, daß er von seinem Standpunkt aus aus ideellen Gründen gehandelt habe. Für den Angeklagten Delschläger sprach Verteidiger Dr. Bloch, daß unter Berufung auf den Rathenau-Prozeß gegen den Antrag des Oberstaatsanwalts auf Verurteilung der Ehrenrechte aus.

Der Oberstaatsanwalt Dr. Ebermayer wies in seiner Replik darauf hin, daß es sich um einen gemeinen Mordversuch handelte.

Der Nebentäter Scheidemann wandte sich gegen die Ausführungen der Verteidigung und erklärte insbesondere in Bezug auf die feierlichen Möbel, die in seiner Wohnung ständen, es handele sich um Möbel, die auf dem Speicher gestanden hätten. Gleiches Mobiliar stände bei manchem Minister und Staatssekretär.

Zur Verhaftung Erhardts.

Berlin, 5. Dez. (Tel.) Von unterrichteter Seite erfahren wir über die Verhaftung des Korvettenkapitäns Erhardt: Der mit der Führung der Voruntersuchung gegen Erhardt wegen Teilnahme am Rapp-Putsch betraute Reichsgerichtsrat vernahm in dieser Sache in den letzten Tagen in München eine Reihe von Personen. Bei der Vernehmung einer dieser Personen entstand bei ihm der Verdacht, daß der Vernommene falsche Angaben über seine Person machte. Bei nochmaliger Vernehmung und nach Gegenüberstellung des Erschienenen mit zwei Personen, die Erhardt vor früher bekannten, wurde festgestellt, daß man es mit Erhardt zu tun hatte. Nach anfänglichem Leugnen gab er auch seine Identität mit dem feldberiecht Verfolgten an. Nach der durch den Untersuchungsrichter erfolgten Verhaftung wurde Erhardt unmittelbar in das Untersuchungsgefängnis nach Leipzig übergeführt. Entgegen anders lautenden Mitteilungen in einem Teil der Presse verdient hervorgehoben zu werden, daß die Münchener Polizei den Wünschen des Untersuchungsrichters in jeder Weise entgegenkam und dessen Ermittlungen durchaus sachlich und tatkräftig unterstützte.

Nach einer Meldung des „Berl. Tagebl.“ wies der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik die Beschlüsse des Kapitäns Erhardt gegen seine Verhaftung zurück. Weiter beschloß der Gerichtshof, Erhardts gesamtes Vermögen zu beschlagnahmen.

Annahme des Genfer Sanierungsprogramms durch Oesterreich.

Wien, 5. Dez. Nach mehrwöchiger, vielfach sehr schwieriger Verhandlungen hat der österreichische Nationalrat gestern binnen fünf Minuten in dritter Lesung die beiden Vorlagen über die Genfer Protokolle und das Wiederaufbaugesetz verabschiedet. Damit ist das Genfer Hilfswerk von deutsch-österreichischer Seite offiziell genehmigt, und zwar mit allen von dem Völkerverbund und seinen nach Wien entsandten Vertretern aufgestellten Verpflichtungen. Nunmehr haben die Parlamente der Völkerverbundstaaten das Wort, um durch Annahme der Genfer Protokolle die Völkerverbundstaaten für die Völkerverbundsanleihe in Kraft zu setzen. Nach den Versicherungen der österreichischen Regierung ist nicht daran zu zweifeln, daß diese Parlamente die Genfer Protokolle gütig genehmigen werden.

Aus Westfalen und Rheinland.

Münster, 5. Dez. (Ueberfall im Zuge.) In letzter Nacht wurde ein Eisenbahnräuber in dem Zuge von Wanne nach Münster festgenommen. An einen in einem Wägel 2. Klasse allein sitzenden Reisenden hatte sich ein junger Mensch herangeschlichen, war ihm an die Kehle gezwungen und suchte ihn zu wirren und zu berauben. Der Ueberfallene wehrte sich aus Lebensinstincten und zog die Notbremse. Im Nebenabteil fuhren 4 Schutzebeamte mit. Nachdem der Räuber flüchtete, wurde er auf einem Puffer sitzend aufgefunden und binächtig gemacht. In Münster wurde er der Polizei übergeben. Es handelt sich um einen arbeitslosen Schloffer aus Schöffen, der aus Not gehandelt haben will.

X. Delle, 5. Dez. (Früh fröhlich.) Ein hoffnungsvoller Pflanzling wurde in Neubadem von der Polizei dinget gemacht. Es handelt sich um den 14-jährigen „Feldhändler“ (1) Heinrich Delschläger aus Münster, der sich Neubadem als Wirtungskreis ausgesucht hatte, wo er hausieren von Haus zu Haus zog, angeblich um Hasenfelle zu kaufen. Bei einer Familie hielt er die Gelegenheit für günstig, um wie es in der Gaunerprache heißt, „ein Ding zu drehen“. Nachdem ihm die Frau des Hauses erklärt hatte, Gewinndiebstahl nicht zu betreiben, schlich der „Feldhändler“ von der Wohnstube in das Schlafzimmer. Als er sich beobachtet sah, floh er. Auf der Flucht verlor er einen goldenen Ohrring. Die herbeigerufenen Polizei konnte den Jungen noch rechtzeitig am Bahnhof festnehmen. Zweimal verurteilt er vergeblich zu entlassen. Dann aber gelang ihm der Ausbruch aus dem Polizeigefängnis und er entkam mit dem gerade bereit stehenden Zuge nach Rheba. Der Gefangenenaufseher bemerkte inzwischen die Flucht und reiste mit dem folgenden Zuge ebenfalls nach Rheba. Im vierten Wagen des nach Münster zur Völkischer-Konferenz fahrenden Zuges aab ein „fröhliches Wiedersehen“.

X. Bernikel, 4. Dezember. (Für ein 20-Mark-Schwein.) In der Ortschaft Cues verkaufte ein Bürger ein schönes Schwein für ein Zwanzigmarkstück.

Handel und Volkswirtschaft.

Berliner Devisenkurse.

	5. 12.		4. 12.	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam	3336.63	3353.37	3316.68	3333.32
Brüssel	536.15	538.85	540.14	542.86
Christiana	1586.10	1593.90	1591.23	1598.77
Kopenhagen	1695.75	1704.25	1655.85	1664.15
Rom	2254.37	2265.63	2198.50	2209.50
London	416.45	418.55	406.98	409.02
New York	37905.00	38095.00	37357.10	37549.90
Paris	8354.06	8395.94	8292.12	8337.88
Zürich	573.56	576.44	583.53	586.47
Madrid	1561.08	1568.92	1571.06	1578.94
Wien	1272.81	1278.19	1279.30	1280.70
Prag	262.34	269.76	262.84	264.16
Warschau	49.80		48.00	

Der nachrichtliche Dollarkurs: 8350

Berliner Produktenspiegel.

Berlin, 5. Dezember. (Drath.) Der Produktenspiegel hatte heute auf der ganzen Linie einen sehr ruhigen Verkehr. Von den meist schwankenden Devisen ging keine Anregung aus. Auch heute blieb unbehauptet. Die Tendenz blieb unbehauptet. Für 50 Kilo ab Station wurde bezahlt: Für Weizen (märkt.) 15 400—15 600 M., Roggen (märkt.) 13 400—13 600 M., Wintergerste 12 500—13 500 M., Hafer (märkt.) 14—14 200 M., Weizen (alte) 15 800—15 900 M., Weizenmehl (100 Kilo) 39—45 000 M., Roggenmehl (100 Kilo) 35—38 000 M., Weizenmehl 8000 M., Roggenmehl 8000 M., Raps 24—26 000 M., Bittertorf 27—29 000 M., Speiseerbsen 24—25 000 M., Weizen 17—18 000 M., Ackerbohnen 15—16 000 M., Weizen 20—21 000 M., blaue Lupinen 17—18 000 M., gelbe Lupinen ohne Angebot. Geradella (alte) 83—89 000 M., Rapskuchen 9300—9600 M., Trolschmigel 6400—6600 M., Zuderfahnel 8—8800 M., Torfmehl 3800—4200 M.

Altenessener Schweinemarkt.

* Altenessen, 5. Dezember. (Drath.) Zum heutigen Schweinemarkt waren aufgetrieben 1785 Schweine. Er wurde im Engroshandel bezahlt: Für Ferkel von 5—8 Wochen 7500—10 000 M., 8—12 Wochen 10—15 000 M., 12—15 Wochen 15—25 000 M., über 15 Wochen 25—32 000 M. Tendenz langsam.

(Fortsetzung folgt.)

